

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 4. November 2009	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	6. Plenarsitzung Gemeinderat 15.12.2009 218 39 öffentlich
Schulobstprogramm der EU - Umsetzung in Baden-Württemberg		

1. Was hält die Stadtverwaltung von der Möglichkeit, nach dem EU-Schulobstprogramm Schulen mit kostenlosem Obst versorgen zu können – insbesondere im Hinblick auf die Ernährungssituation Karlsruher Schulkinder?
2. Ist der Stadtverwaltung bekannt, dass die Landesregierung Baden-Württemberg zwar 2 Mio. für die Umsetzung des Schulobstprogramms der EU erhält, eine Ko-Finanzierung aus Landesmitteln aber verweigert?
3. Wie beurteilt die Stadtverwaltung diese Weigerung der Landesregierung, und deren Strategie, für die Ko-Finanzierung nach Sponsoren zu suchen und eine Beteiligung der Kommunen zu erreichen?
4. Ist das Land in Sachen Schulobstprogramm schon an die Stadt Karlsruhe bzw. an den Städtetag herangetreten?
5. Wird die Stadtverwaltung direkt oder über den Städtetag die Landesregierung auffordern, die Ko-Finanzierung für das Schulobstprogramm zu übernehmen?
Wenn ja – wann?
Wenn nein – warum nicht?
6. Welche Überlegungen gibt es derzeit in der Stadtverwaltung sich am Schulobstprogramm zu beteiligen - ab wann, in welcher Form, in welchem Umfang?

Sachverhalt / Begründung:

In der letzten Sitzung vor den Sommerferien hat der Bundesrat den Weg für die Umsetzung des Schulobstprogramms der EU frei gemacht. Dafür erhält bspw. das Land Baden-Württemberg 2 Mio. EURO für die kostenlose Verteilung von Schulobst - mit der Auflage einer Ko-Finanzierung ebenfalls über 2 Mio. EURO. Die Weigerung der Landesregierung diese Ko-Finanzierung zu übernehmen, ist auf viel

Unverständnis gestoßen. Stattdessen sollen sich Kommunen und Unternehmen/Sponsoren engagieren.

Die aktuelle Ernährungslage von Kindern und Jugendlichen zeigt, wie bedeutsam eine Versorgung mit gesundem kostenlosem Schulobst an den Schulen ist. Wir sehen hier an erster Stelle die Landesregierung, in zweiter Linie die Kommunen in der Verantwortung das Schulobstprogramm umzusetzen.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

4. Dezember 2009